

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Alfons Brandl, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Karl Freller, Dr. Marcel Huber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzingler, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Dr. Ludwig Spaenle, Sylvia Stierstorfer, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Dipl.-Verw.Wirt (FH) Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Verfeinerter Corona-Fahrplan für Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Staatsregierung durch einen differenzierten und im Lichte neuer Erkenntnis schrittweise weiterentwickelten Rahmenhygieneplan den Schulen klare und verlässliche Leitlinien für ihre Arbeit unter Pandemie-Bedingungen gegeben hat.

Aufgrund der steigenden Zahlen befinden sich bereits einige Schulen im Distanzunterricht oder im Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht, wovon die jüngsten Schülerinnen und Schüler am härtesten betroffen sind.

Daher wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass bei Einschränkungen des Präsenzunterrichts dieser prioritär für die Schülerinnen und Schüler der Abschlussjahrgänge aller Schularten sowie für die Schülerinnen und Schüler in der ersten und vierten Jahrgangsstufe und in der jeweils niedrigste Jahrgangsstufe an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (einschließlich Wirtschaftsschulen) so lange wie verantwortbar aufrechterhalten wird.

Begründung:

Im Umgang mit der Corona-Pandemie stehen die Schulen vor der schwierigen Aufgabe, den bestmöglichen Gesundheitsschutz mit dem Recht auf Bildung in sinnvollen Einklang miteinander

zu bringen. Diesem Anspruch wird der bestehende Rahmenhygieneplan mit seinem dreistufigen Konzept und seiner stark regionalisierten Herangehensweise in vorbildlicher Weise gerecht.

Schülerinnen und Schüler, die sich auf den Übertritt oder den Abschluss ihrer jeweiligen Schulart vorbereiten, befinden sich in einer entscheidenden Phase ihrer Schullaufbahn, denn die Leistungen, die sie erbringen, entscheiden über die Chancen und Möglichkeiten auf ihrem weiteren Bildungsweg. Daher ist es wichtig, dass der Präsenzunterricht für sie prioritär aufrechterhalten wird, soweit es der Infektionsschutz zulässt. Dank der unmittelbaren Förderung durch ihre Lehrkräfte können sie im Präsenzunterricht bestmöglich auf ihre Prüfungen und die während des Jahres zu erbringenden Leistungserhebungen vorbereitet werden.

Daneben sind die jeweils niedrigsten Jahrgänge an den einzelnen Schularten der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (einschließlich Wirtschaftsschulen) am meisten auf die Unterstützung und Anleitung angewiesen, die am besten im Präsenzunterricht vermittelt werden können. Dies gilt auch und gerade nach dem Wechsel in eine neue Schulart mit ihren eigenen, spezifischen Herausforderungen. Daher soll – soweit das Gesundheitsamt unter den Gesichtspunkten des Infektionsschutzes keine anderweitige Entscheidung trifft – bei einem Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht bzw. einer lokalen Schulschließung versucht werden, diese Jahrgänge länger als andere im Präsenzunterricht zu belassen. Dem erforderlichen erhöhten Infektionsschutz wird man dadurch gerecht, dass durch die freiwerdenden Platzkapazitäten Abstände viel besser eingehalten werden können. Dies gilt sinngemäß auch für die Schülerbeförderung, die weiterhin entsprechend vorzuhalten ist.

Auch für die Eltern jüngerer Schülerinnen und Schüler stellt Distanzunterricht eine erhebliche Herausforderung dar, entstehen hier doch häufiger Betreuungsprobleme. Somit können auch die Familien entlastet werden, wenn die jüngeren Jahrgänge länger im Präsenzunterricht bleiben.